



Auf Tour entlang einer möglichen Ortsumfahrung um Gniebel: Die Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen eine Südtrasse, Elke Schällig-Hensch (zweite von links), diskutiert mit dem Landtagsabgeordneten Boris Palmer (rechts) und der Pliezhäuser Grünen-Gemeinderätin Beate Müller-Gemmeke (links). FOTO: BERND WAHL

ORTSUMFAHRUNG / Gegner der Südtrasse mit dem Grünen-Landespolitiker auf der Strecke

Palmer: Am besten gar keine Trasse

Tübinger Abgeordneter baut auf den Faktor Zeit: Stellt Bürgerinitiative Gegenantrag?

Statt durch Gniebel soll der Verkehr künftig um Gniebel herum fließen. Auf welchem Weg ist jedoch strittig. Mittlerweile kämpfen schon drei Bürgerinitiativen in Pliezhäusern und Ortsteilen gegen mögliche Varianten. Gegner der Südumfahrung diskutieren jetzt mit dem Grünen Landtagsabgeordneten Boris Palmer über Alternativen.

BERND WAHL

GNIEBEL • Bauer Wacker hat den Lärm satt. „Bringt den Allmachtsverkehr endlich aus dem Ort“, ruft er Boris Palmer von seinem Traktor aus zu. Palmer, der zusammen mit der Bürgerinitiative den geplanten Trassenverlauf der Südumfahrung inspiziert, hört geduldig zu.

Wacker ist einer der vielen, der die 7 000 Fahrzeuge lieber heute als Morgen aus dem Ort hätte. Dafür würde er sogar seinen letzten Acker geben, versichert er, bevor er in Richtung Ortskern tuckert.

So schnell, wie Bauer Wacker und andere es gerne hätten, ist aus ei-

nem Acker allerdings nicht Straße zu machen. Keine Planungsvariante ist frei von Nebenwirkungen, und die möchte niemand in Kauf nehmen. Im Süden Gniebels und in Rübgarten fürchtet man vor allem die zusätzliche Lärm- und Schadstoffbelastung. „Die B27 ist schon Belastung genug“, klagt Elke Schällig-Hensch, Sprecherin der dortigen Bürgerinitiative. Für die käme höchstens eine Nordostumfahrung auf der Seite nach Dörnach in Frage: Ökologisch verträglicher, gerade ein Mal halb so teuer, landschaftschonender und gerechter, was die Lärmverteilung betrifft, argumentiert die Initiative auf einem Thesenpapier.

Das freilich sehen die Bürger im nur wenige hundert Meter entfernten Dörnach anders. Auch Anwohner der Bachstraße im Ortsteil Pliezhäuser befürchten bei dieser Variante eine höhere Verkehrsbelastung. Eine Lösung, die alle zufrieden stellt, bietet weder die Nordost-, noch die Südumfahrung. „Raumplanerisch ist es natürlich sinnvoller, Belastungen zu bündeln, als zu verteilen“, erklärt er schon auf dem Acker, zwischen Dörnach und Gniebel, durch den die Nordostumfahrung führen soll.

„Sonst haben wir irgendwann überhaupt kein ruhiges Fleckchen mehr“, argumentiert der Abgeordnete. „Ortschaften neigen dazu, sich durch Umgehungsstraßen einzukasteln“, berichtet er aus einer Erfahrung. Für ihn steht nach Besichtigung der möglichen Trassen und neuralgischen Punkte im Ort allerdings trotzdem eine Alternative fest. „Ich bin stark für eine Nullvariante. Die Verkehrsbelastung ist zwar hoch, aber auch nicht höher als andernorts“, meint er.

Es dauert zehn bis 20 Jahre

Zusammen mit der Pliezhäuser Grünen-Gemeinderätin Beate Müller-Gemmeke argumentiert er, dass solche Bauvorhaben nicht nachhaltig seien. „Langfristige Lösungen sehen anders aus. Die Fahrzeuge werden leiser und die Emission sinkt“, erklärt Palmer. Dabei denkt er vor allem an den Faktor Zeit. Zehn bis 20 Jahre seien für eine Umgehungsstraße meist der übliche Planungshorizont, bis dahin verbesserte sich auch die Situation, meint er.

Statt außerhalb des Ortes nach einer Lösung zu suchen, schlägt er vor, die Engstellen innerhalb des Ortes zu entschärfen. „Solche Lösun-

gen führen wesentlich schneller zu einem Ergebnis“, meint er. Ob die Straße wie geplant finanzierbar ist, hält Palmer ebenfalls für zweifelhaft. „70 Prozent des eingeplanten Geldes stammen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Laut Sparplänen, die die Regierung gestern vorgelegt, befinden sich nun 30 Millionen Euro weniger in diesem Topf“, berichtet er.

Bis also Geld für eine Ortsumfahrung bewilligt wird, kann es lange dauern. „Ohnehin ist dieser Topf eigentlich nicht für Umfahrungen gedacht. Damit soll die Verkehrssituation innerorts verbessert werden“, argumentiert er. Die sachfremde Verwendung dieses Budgets ist Palmer ohnehin schon lange ein Dorn im Auge. „Dieses Budget ist nicht dazu gedacht, etwa einen Anschluss an eine Bundesstraße zu finanzieren, wie er bei der Südumfahrung geplant ist“, meint er. Deswegen versichert er der Bürgerinitiative, sollte der Antrag eingehen, auf jeden Fall einen Gegenantrag gegen die Mittel zu stellen. „Ist der Antrag gut begründet, hat er auch Chancen, wenn er aus der Opposition kommt“, weiß er. Für die Gegner der Südumfahrung ist das allemal ein Hoffnungsschimmer.